

Kinderzulagen um 10 Franken erhöhen

Kanton Die kantonsrätliche Kommission für Gesundheit und Soziale Sicherheit hat die Vorlage zur Festsetzung der Höhe des Beitragssatzes an die Familienausgleichskasse und der Familienzulagen beraten. Sie folgt dem Antrag des Regierungsrates. Dieser beantragt dem Kantonsrat, den seit 2017 gültigen Beitragssatz von 1,4 auf 1,3 Prozent zu senken sowie die Kinderzulage von 220 auf 230 und die Ausbildungszulage von 270 auf 280 Franken pro Monat zu erhöhen.

«Die Kommission ist der Überzeugung, dass es sich bei der vom Regierungsrat vorgeschlagenen Variante um eine ausgeglichene Lösung handelt, mit welcher sowohl wirtschafts- wie auch familienpolitischen Anliegen Rechnung getragen wird», heisst es in einer Medienmitteilung von gestern.

«Es handelt sich um eine nachhaltige Lösung»

Gemäss Modellrechnung der Familienausgleichskasse Schwyz wird so die gesetzliche Minimalreserve des Reservefonds erst Ende 2027 erreicht. Das bedeutet einen ungefähren Zeithorizont von sieben Jahren, bis sich der Regierungsrat und der Kantonsrat wieder mit der Höhe des Beitragssatzes und der Familienzulagen auseinandersetzen müssten. «Es handelt sich also um eine nachhaltige Lösung, welche den Familien wie auch den Arbeitgebenden und Selbständigerwerbenden eine längerfristige Planung ermöglicht», fasst die Kommission zusammen. (pd/cc)

CVP sagt Ja zum neuen Jagdgesetz

Kanton Die Delegierten der Schwyzer CVP diskutierten an ihrer Versammlung die nationalen und die kantonale Abstimmungsvorlagen und beschlossen die Parolen. Während die Begrenzungsinitiative der SVP zur Ablehnung empfohlen wird, wurden die restlichen Geschäfte zum Teil mit wenig Gegenstimmen unterstützt.

Ständerat Othmar Reichmuth überzeugte im Rahmen einer kontrastierenden Auseinandersetzung mit SVP-Nationalrat Marcel Dettling die Delegierten von den Nachteilen der Volksinitiative «Für eine massvolle Zuwanderung». Die überaus wichtigen bilateralen Abkommen mit der EU und damit der Wohlstand würden bei einem Ja auf dem Spiel stehen. Die CVP-Delegierten wollten kein Experiment eingehen und lehnten die SVP-Volksinitiative mit 74 Nein zu einer Ja-Stimme vehement ab.

Ja zu Jagdgesetz und zum Vaterschaftsurlaub

Weniger deutlich wird das neue Jagdgesetz empfohlen. Mit 60 zu 13 Stimmen folgten die Delegierten Ruedi Fässler. Der Co-Präsident der Vereinigung zum Schutz von Nutztieren vor Grossraubtieren in der Zentralschweiz erklärte, dass den Kantonen bei der Regulierung der Wildbestände ein Spielraum zusteht. So könne der Wolfsbestand entsprechend den konkreten Verhältnissen reguliert werden.

Zur Annahme empfohlen werden auch die Änderung des Bundesgesetzes über die direkte Bundessteuer (79 zu 10), der Vaterschaftsurlaub (72 zu einer Stimme) sowie die von Nationalrat Alois Gmür vorgestellte Kampfflugzeugbeschaffung.

Dominik Blunsky warb für die Änderung des Volksschulgesetzes und setzte mit 67 zu 4 Stimmen die Ja-Pa-rolle durch. (pd/adm)

Borkenkäfer lähmt Forstbranche

Riesige Schäden durch Käferbefall, Holzpreise im Keller: Nun ist die Politik gefragt.



Statisch einwandfreie, aber vom Käferbefall blau eingefärbte Stämme verlieren ihren Marktwert und müssen oft zu Hackschnitzeln verarbeitet werden, die im Überfluss vorhanden sind. Gestern orientierten über die missliche Situation (von links) Pirmin Schuler, Korporation Wollerau, Severin Nigg, Unterallmeind Korporation, Urs Arnold, Genossame Dorf Binzen, Martin Baumgartner, Oberallmeindkorporation Schwyz, und Pius Betschart, Vorstandsmitglied WaldSchwyz. Bild: Franz Steinegger

Franz Steinegger

Gestern trafen sich Vertreter der vier grössten Waldeigentümer des Kantons im Werkhof der Unterallmeind Korporation in Goldau, um über die dramatische Situation in unseren Wäldern zu informieren. Ursache ist der Borkenkäfer, der sich im Nachgang des Sturms Burglinde vom 3. Januar 2018 und weiteren Sturmereignissen massenhaft vermehren konnte.

«Es gab viele geworfene und gebrochene Bäume, deren Rinde eine ideale Brutstätte für Borkenkäfer ist», erläuterte Pius Betschart, Vorstandsmitglied WaldSchwyz und Geschäftsführer der Unterallmeind Korporation Arth. Verstärkt wurde der Effekt durch die zwei ausgesprochen trockenen Sommer 2018 und 2019, welche den Wald zu-

sätzlich schwächten und so noch anfälliger für den Käfer machten.

Der Borkenkäfer wütet in ganz Mitteleuropa

Die Trockenheit traf ganz Europa, wodurch sich der Borkenkäfer flächendeckend ausbreiten konnte. «In ganz Mitteleuropa sind die Schadenmengen enorm und übersteigen die normalen Jahreshiebsumen beträchtlich», hält Martin Baumgartner, Betriebsförster der Oberallmeindkorporation Schwyz, fest.

Das Käferholz ist statisch einwandfrei, kann wegen der Blaufärbung aber meist nicht für sichtbare Holzkonstruktionen eingesetzt werden. Das europaweite Überangebot führt dazu, dass die schon zuvor tiefen Preise noch weiter in den Keller gesunken sind. Die Säge-

reien, Papier- und Plattenfabriken vermögen die riesigen Holz mengen gar nicht mehr zu verarbeiten.

Politik ist gefordert, um die Waldfunktionen sicherzustellen

«Die aktuelle Situation ist für die Waldeigentümer sehr schwierig», sagt Urs Arnold, Betriebsförster der Genossame Dorf Binzen. Das Schlagen von Käferholz und dessen Abtransport aus dem Wald sei nicht mehr kostendeckend. Die Jahresnutzung im Kanton Schwyz betrug vor der jetzigen Krise 120 000 Kubikmeter im Jahr. Er ist in den vergangenen zwei Jahren auf 80 000 Kubikmeter gesunken und wird 2020 vermutlich noch tiefer liegen.

Bei grossflächigem Befall könne der Wald seine Schutzfunktionen nicht mehr ausüben, schiebt Pius Betschart

nach. «Zudem besteht ein zusätzliches Sicherheitsrisiko für Wanderer und Biker. Der Wald wird gerade während der Coronazeit vermehrt von der Bevölkerung als Rückzugsort aufgesucht.»

«Wir hätten sehr viel zu tun im Wald, aber wir müssen es finanzieren können», resümiert Pius Betschart. «Die Waldeigentümer sind stark gefordert und auf politische Unterstützung angewiesen.» Langfristig zahle sich eine reduzierte Waldpflege nicht aus. Die Waldfunktionen könnten nur sichergestellt werden, wenn die natürliche Verjüngung gefördert, die Wildbestände reguliert und das geerntete Holz kostendeckend verwertet werden könne. Die Nachfrage nach Schweizer Holz durch die Endkunden ermöglicht die notwendige Waldpflege.

Stettler greift Arther Gemeinderat frontal an

René Stettler und SP-Präsident Andreas Marty kritisieren, dass ohne Bewilligungen asphaltiert worden sei.

Mit scharfem Geschütz geht Rigibahn-Kritiker René Stettler gegen die Arther Gemeindebehörde vor. In einem mehrseitigen Papier wirft er der Behörde vor, dass ohne Bewilligungen umfangreiche und teilweise unbewilligte Belagsarbeiten vorgenommen worden seien.

Ihm zur Seite steht der in Einsiedeln wohnhafte Arther SP-Kantonsrat Andreas Marty. Als Mitunterzeichner von Stettlers Schreiben ist er überzeugt, «dass dort oben vieles komisch lief». So sei etwa der untere Parkplatz jetzt vollkommen asphaltiert worden. Zudem sei das Parkfeld oberhalb der grossen Stützmauer verbreitert und ins Wiesland fortgesetzt worden. «Hier liegen keine Baubewilligungen vor», ist Marty überzeugt.

Kritik äussert René Stettler ausserdem wegen den zwei Toiletten in der Kräbel-Talstation. Diese seien nämlich nicht an die Kanalisation angeschlossen. Das Abwasser laufe in einen Jauchekasten. Dieser überlaufe regelmässig, so dass Schmutzwasser ins Wiesland gerate.



Wurde auf dem Parkplatz unbewilligt Deckbelag eingebaut? Eine der vielen Fragen, die René Stettler aufwirft. Bild: PD

Nicht gesetzeskonform sei auch bei einzelnen Hofzufahrten verfahren worden. Und: «Zusätzlich zu den auf den Asphaltplätzen eingezeichneten 150 Parkplätzen parkieren bei schönem Rigiwetter bis zu 300 Fahrzeuge direkt im

Wiesland. Das führt zu erheblichem Verkehr und zu einem weiteren Konflikt auf der schmalen Strasse mit den Fussgängern, so Stettler.

Schliesslich stelle sich die Frage, ob der zuständige Gemeinderat Christoph

Ottinger nicht sogar in den Ausstand hätte treten müssen, da er mit einem Beteiligten verwandt sei.

Anwalt hat Mandat zurückgezogen

Ottinger wehrt sich vehement gegen die gemachten Vorwürfe. Er sei sehr wohl in den Ausstand getreten, das könne man problemlos und zu jeder Zeit im Arther Ratsprotokoll nachlesen. Überhaupt seien soweit nötig die entsprechenden Baubewilligungen vorhanden gewesen. Auch das könne man auf der Gemeindeverwaltung einsehen.

Er habe sich zudem immer Gesprächsbereit gezeigt und hätte die ganze Angelegenheit gerne vor Ort mit den Kritikern begutachtet. «Mit mir hat niemand gesprochen, weder Marty noch Stettler.»

Aufhorchen lässt zumindest auch etwas anderes. Das Anwaltsbüro, das die Sache einer Kritikerin des behördlichen Vorgehens übernommen hatte, hat das Mandat in der Zwischenzeit «per sofort» wieder niedergelegt. (adm)